

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 8 15 20-12

Inhalt

Johannes Rau zu Perspektiven für eine Politik in schwieriger Zeit: Nicht flüchten, sondern standhalten.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zur Erinnerung an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 60 Jahren: Die Einheit der Arbeitnehmerorganisationen wahren.

Seite 3

Armin Nack zur Grundgesetz-Aussage zu Bundeswehr-Einsätzen: Das Wort "ausdrücklich" nicht überlesen.

Seite 4

Hans Urbaniak MdB zu den mit Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp ausgehandelten Sozialplänen: Soziale Flankierung in der Stahlindustrie gesichert.

Seite 5

Magdalene Hoff MdEP zum Erfordernis, bei der Konversion voranzukommen: Neue Sicherheitspolitik definieren.

Seite 6

48. Jahrgang / 82

30. April 1993

Nicht flüchten, sondern standhalten

Zu Perspektiven für eine Politik in schwieriger Zeit

Von Johannes Rau

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD**

Wenn man die vielen Tagesaufgaben nennt, dann soll gleichzeitig deutlich werden, daß eine Partei nicht vergessen darf, daß sie den Blick nach vorn richten muß. Willy Brandt hat immer wieder daran erinnert, daß wir über den Tag hinaus denken müssen.

Politiker, der ganze politische Betrieb, auch mit seinen journalistischen Begleitern, neigen ja stark dazu, das jeweils aktuellste auch für das wichtigste Thema zu halten. Man stellt dann im Rückblick oft fest, daß manche wichtige Nachricht nichtig war; manchmal sieht man das schon nach wenigen Wochen.

Wenn man die tatsächlichen Aufgaben in den Mittelpunkt rücken will, dann braucht man langen Atem statt kurzfristiger Hektik. Immer mehr Menschen spüren, daß zweieinhalb Jahre nach der staatlichen Einheit die Bundesrepublik Deutschland an einer Wegscheide steht, daß die Politik des "Weiter so" das gefährdet, was wir im Westen erreicht haben, daß sie das behindert, was an Aufbau im Osten nötig ist.

Wir brauchen für das vereinte Deutschland eine neue Politik. Dazu gehört vor allem anderen, daß sich alle Parteien endlich wieder mit den tatsächlichen Aufgaben beschäftigen und für Wahrheit und Klarheit sorgen.

Die Welt hat sich in den letzten vier Jahren fundamental geändert. Sie wird sich auch in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Ich nenne ein paar Stichworte: die Bedrohung des Weltklimas, die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Welt, die älter werdende Gesellschaft in allen entwickelten Industrieländern - eine Problematik, die uns überhaupt noch nicht genug bewußt ist.

Was sich seit 1989 entwickelt hat, hat sich gewissermaßen naturwüchsig entfaltet. Jetzt kommt es darauf an, daß wir die heute absehbaren Entwicklungen genauer in den Blick nehmen und überall da beeinflussen, wo das möglich, wo das sinnvoll und nötig ist.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit recycelten Einweg-
Kunststoff-Produkten



Wir alle wissen, daß die Wahlbeteiligung zurückgeht, daß es erschreckende Stimmengewinne rechts-extremer Parteien gibt. Das ist in erster Linie das Zeichen einer tiefen Verunsicherung vieler Menschen. Verunsicherung, Angst und Ungewißheit machen die Versuchung groß, auf einfache Antworten zu setzen. Dann ist die Gefahr groß, daß viele - hier darf ich einmal Horst-Eberhard Richter zitieren - nicht standhalten, sondern flüchten, daß sie sich abwenden von ihrer politischen Verantwortung als Demokraten; daß sie sich in Wahlenthaltung flüchten oder den schrecklichen Vereinfachern von der extremen Rechten Glauben schenken. Andere wiederum, so glaube ich, wollen sich stärker als bisher engagieren und wollen mithelfen, daß unser Land und die Menschen, die hier wohnen, eine gute Zukunft haben.

Wer aber von Zukunft redet, muß bedenken: Es gibt nicht nur eine mögliche Zukunft, sondern wie die Zukunft aussieht, das hängt auch von uns ab, und davon, was wir heute tun und von dem, was wir nicht tun.

Mir scheint am wichtigsten, daß wir uns nicht von unbestreitbaren Problemen und Schwierigkeiten überwältigen lassen, sondern Parteien müssen Orientierung geben in unübersichtlichem Gelände. Im Grundgesetz heißt es, daß die politischen Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Wir wollen diesen Gedanken mit neuem Leben erfüllen. Wir sprechen viel über die Öffnung der Parteien, über neue Formen der Parteiarbeit, aber wir müssen auch wirklich neue Wege gehen. Wir tun das, weil wir davon überzeugt sind, auch eine so erfolgreiche Partei wie die NRW-SPD muß ihre Arbeit immer wieder selbstkritisch überprüfen. Sie muß ihre Arbeitsmethoden immer wieder anpassen an veränderte Situationen und neue Erwartungen.

Das Schlimmste für eine demokratische Gesellschaft ist die Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von der demokratischen Auseinandersetzung, die Verweigerung, den Wandel durch Ideen und Engagement fruchtbar zu machen und Chancen zu nutzen, die in diesem Wandel stecken.

Im Gespräch mit den Bürgern deren Sorgen aufnehmen

Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen stärker als bisher und mit neuen Methoden die Möglichkeit geben, sich am Ideenwettbewerb für die Zukunft unseres Landes zu beteiligen. Wir tun das, weil auch eine so große Partei wie die NRW-SPD auf den Sachverstand der Gesellschaft angewiesen ist. Darum haben wir ein neues Projekt entwickelt, es nennt sich "NRW 2000 plus". Es geht um nicht mehr, aber auch nicht um weniger als um ein großes Gespräch der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen über notwendige Weichenstellungen auf den verschiedenen Politikfeldern, damit unser Land weiter nach vorne kommt. Wir möchten auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Wir machen ihnen ein breit angelegtes Gesprächsangebot. Dabei wollen wir von ihren ganz konkreten Sorgen und Nöten ausgehen.

Wir möchten neue Veranstaltungsformen ausprobieren und sie so intensiv vorbereiten, wie das moderne Unternehmen schon lange tun: Auf der Grundlage von Szenarien, also von empirisch gehaltenen Zukunftsentwürfen mit Blick auf das ganze Land, aber auch mit Blick auf einzelne Regionen. Sie wissen, was ein Spötter einmal gesagt hat: Prognosen seien dann besonders schwierig, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Szenarien sind mehr als Prognosen. Aufgrund von bestimmten Annahmen werden unterschiedliche Wege aufgezeichnet. Es wird dargestellt, was getan und was nicht getan werden muß, damit der eine Weg wahrscheinlicher und der andere weniger wahrscheinlich ist. Diese Szenarien sind ein Hilfsmittel.

Wir wollen, daß die Ideen, das Engagement und die Lebenserfahrung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger sich stärker als bisher in der politischen Arbeit wiederfinden. Denn Parteien sind ja kein Selbstzweck. Sie sind nicht für sich selber da. Sie haben eine dienende Funktion. Sie sind da für die Bürgerinnen und Bürger. Dieses große Gespräch wollen wir auf allen Ebenen suchen, und wir möchten die Gliederungen der SPD beteiligen an den Ergebnissen dieses Gesprächs, damit sie in die politische Arbeit der SPD einfließt. Das ist das Ziel. Genauso wichtig aber ist der Weg, der zu diesem Ziel führen soll. Die wirklichen Probleme sollen wieder in den Mittelpunkt der Politik. Es geht also um Zukunftsverantwortung statt Tageshektik. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wieder das Gefühl haben können, daß es sich lohnt, an demokratischen Willensprozeß mitzuwirken.

Meines Wissens ist es das erste Mal, daß eine politische Partei eine Planungstechnik für das große öffentliche Gespräch nutzt, die sonst nur kleinen Führungskreisen vorbehalten ist. Wir haben uns dazu entschlossen, da wir nicht wollen, daß unkonventionelle Gedanken im Alltagsleben verloren gehen oder abgebügelt werden. Wir möchten Mut machen, auch solche Lösungen für Probleme zu diskutieren, die von uns allen neue Verhaltensweisen und Abstriche von manchem Gewohnten verlangen.

Ich selbst glaube, daß es kein Zufall ist, daß die NRW-SPD diesen neuen Weg geht. Kein westliches Land hat in den letzten Jahrzehnten einen so tiefgreifenden Wandel der wirtschaftlichen Strukturen zu verkraften gehabt wie Nordrhein-Westfalen, und wir sind damit längst nicht fertig.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen, sie können sich auf Sozialdemokraten verlassen gerade in schwieriger Zeit. Die Menschen bei uns haben Vertrauen in unsere gemeinsame Fähigkeit, mit neuen Entwicklungen so umzugehen, daß niemand am Weg liegenbleibt. Die Erfahrung, die wir in jetzt 27 Jahren gewonnen haben, gibt uns die Kraft, Neues anzupacken und auch schwierige Situationen zu meistern.

Wir wollen uns also nicht damit begnügen, mit ruhiger Kraft eine solide Tagesarbeit zu tun; das tun wir auch. Wir wollen auch in Zukunft die Entwicklung unseres Landes gestalten mit allen Bürgerinnen und Bürgern und für alle Bürgerinnen und Bürger.

(-/30. April 1993/rs/ks)

(Der Autor legte diese Gedanken auf einer Pressekonferenz seiner Partei am 28. April im Düsseldorfer Landtag dar.)

Die Einheit der Arbeitnehmerorganisationen wahren
Zur Erinnerung an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 60 Jahren

Von Rudolf Dreßler MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als die Nazis am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzten, Gewerkschafter ermordeten, inhaftierten und unter Arrest stellten, die Organisationen zerschlugen und deren Vermögen beschlagnahmten, war die letzte Möglichkeit einer Gegenwehr demokratischer Gruppierungen gegen die barbarische Diktatur beseitigt. Die bis heute gültige Lehre, die deutsche Gewerkschafter daraus zogen, hieß: Wir müssen die Einheit der Arbeitnehmer-Organisationen schaffen. Die Einheitsgewerkschaft entstand aus den Trümmern der alten Gewerkschaften der Weimarer Republik. Einheitsgewerkschaft heißt nicht nur Organisation der Arbeitnehmerschaft jenseits weltanschaulicher Barrieren. Sie bedeutet im weiteren Sinne auch: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände regeln die Arbeitsbeziehungen selbst im Rahmen demokratischer Spielregeln und sozialer Schutzrechte, die ein sozialer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland vorgeben muß.

Die Prinzipien der einheitlichen Interessenvertretung und der Tarifautonomie haben sich bewährt wie kaum ein anderes in der Geschichte der Bundesrepublik. Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Bewälti-

gung struktureller Krisen wären ohne sie nicht möglich gewesen. Diese Grundsätze über Bord zu werfen hieße, die Erfahrungen der Konfliktbewältigung in einer modernen Industriegesellschaft zu mißachten und den sozialen Frieden aufs Spiel zu setzen.

Derartige Versuche gibt es immer wieder, natürlich nicht seitens der Gewerkschaften, sondern durch einige Scharfmacher im konservativen Lager ohne politischen Weitblick, die auf Kosten wirtschaftlicher und sozialer Stabilität auf kurzfristige Vorteile aus sind. Ihnen sei das Studium Weimarer Verhältnisse anempfohlen. Die Zerspaltung der Arbeitnehmer- wie der Arbeitgeberorganisationen, tarifpolitischer Wildwuchs und tarifpolitische Einzelkämpfe sowie staatliche Eingriffe in die Tarifpolitik trugen maßgeblich zur Zerstörung des sozialen Friedens und damit der wirtschaftlichen Stabilität bei. Das nach Beendigung des Nazi-Terrors entstandene und weiterentwickelte System der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, um das uns die anderen Industriestaaten beneiden, hat für Stabilität und Zuverlässigkeit gesorgt und ist damit zu einer Produktivkraft ersten Ranges geworden. Dies sollten die Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik stets beherzigen.

(-/30. April 1993/rs/ks)

Das Wort "ausdrücklich" nicht überlesen
Zur Grundgesetz-Aussage zu Bundeswehr-Aussagen

Von Armin Nack
Landesvorsitzender der ASJ Baden-Württemberg

Artikel 87a GG Absatz 2 bestimmt "Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt." Danach kommt es nicht darauf an, ob die Einsatzerlaubnis dem Grundgesetz durch Auslegung zu entnehmen ist, sondern, ob das Grundgesetz diesen Fall "ausdrücklich" - dieses Wort wird leicht überlesen - zugelassen hat.

Das Grundgesetz ist "beim Wort zu nehmen". Jeder Jurist lernt, ein Gesetz zunächst einmal nach seinem Wortlaut und das einzelne Wort nach seinem Wortsinn aufzulegen. Denn nach ständiger Rechtsprechung / vergleiche nur BGHSt 3, 300, 303, 37, 226, 230; BGHZ 46, 74, 76) bestimmt der Wortsinn der Vorschrift die äußerste Grenze jeder Auslegung.

Zur Ermittlung des Wortsinns schlägt ein Richter in anerkannten Bedeutungswörterbüchern nach. Danach bedeutet "ausdrücklich" beziehungsweise "ausdrücken": "besonders betont, bestimmt, deutlich, klar" (Brockhaus/Wahrig, Deutsches Wörterbuch); "mit Nachdruck und unmißverständlich, extra für diesen Fall erwähnt" (Duden, Bedeutungswörterbuch); "mit ausgedruckten Worten" (Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, 1854, unter Zitierung von Luther).

Eine andere anerkannte Methode zur Ermittlung des Wortsinns besteht darin, sich an der gefestigten Auslegung desselben Rechtsbegriffes in einem anderen Gesetz zu orientieren. So verlangt Paragraph 2 Absatz 1 Nr. 1 des AGB-Gesetzes - mit ähnlicher ratio legis wie Artikel 87a Absatz 2 GG - einen "ausdrücklichen" Hinweis, wenn Allgemeine Geschäftsbedingungen vereinbart sein sollen. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (vergleiche NJW-RR 1987, 112) wird durch den ausdrücklichen Hinweis der Einbeziehungsvorgang gesetzlich formalisiert, um von vornherein einen Auslegungsstreit auszuschließen.

Man kann schwerlich behaupten, daß die Frage des Einsatzes der Bundeswehr in Artikel 24 GG deutlich, klar und unmißverständlich geregelt ist, wann Kanzler und Vizekanzler darüber streiten; dieser Auslegungstreit soll gerade durch die Formalisierung mit dem Wort "ausdrücklich" vermieden werden. Vor allem aber sind die maßgeblichen Worte des Artikel 87a Absatz 2 GG "Streitkräfte ... eingesetzt" in Artikel 24 GG nicht ausgedrückt und der Einsatz der Streitkräfte ist dort auch nicht extra für diesen Fall erwähnt.

Fazit: Artikel 24 GG läßt den Einsatz der Bundeswehr jedenfalls nicht "ausdrücklich" zu.

(-/30. April 1993/rs/ks)

Soziale Flankierung in der Stahlindustrie gesichert
Zu den mit Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp ausgehandelten Sozialplänen

Von Hans Urbaniak MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Nach den Vorstellungen der EG werden in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Kapazitätseinschnitte in der Stahlindustrie vorgenommen. Das bedeutet, daß über 30.000 Beschäftigte freigesetzt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in aktuellen Stunden mit Anfragen und Anträgen die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen für die Sicherung der Stahlstandorte vorzunehmen. Da dieses bis heute nicht geschehen ist, muß in den kommenden Wochen mit Personalabbau in der Stahlindustrie gerechnet werden.

Eine Beseitigung von Subventionen von Mitbewerbern in der EG hat die Bundesregierung in der Vergangenheit nicht stoppen können, die SPD-Bundestagsfraktion hat daher verlangt, daß keine betriebsbedingten Kündigungen vorgenommen werden dürfen. Für uns steht daher die soziale Flankierung an erster Stelle. Die ersten Sozialpläne sind bei der Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp nun zum Abschluß gebracht worden.

Die Betriebsräte haben ein gutes Ergebnis für die freierwerdenden Belegschaftsmitglieder erreicht, das nicht nur Freisetzungen sozial absichert, sondern auch Fortbildung und Qualifizierung beinhaltet. So können nun Arbeitnehmer, die im ersten und zweiten Hitzebereich tätig sind, mit 52 Jahren in den Ruhestand treten. Darüber hinaus wird es möglich sein, im gesamten Konzern das Stellvertreterprinzip anzuwenden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in den Ausschüssen dafür sorgen, daß der Artikel 56 EGKS-Vertrag voll zum Tragen kommt und neben den Mitteln der EG die nationalen Gelder total ausgeschöpft werden. Schließlich haben die Arbeitnehmer die katastrophale Situation in der Stahlindustrie nicht zu verantworten. Die vorgelegten Sozialpläne der Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp können als Beispiel und Muster für die gesamte betroffene Branche gelten.

(-/30. April 1993/rs/ks)

Neue Sicherheitspolitik definieren
Zum Erfordernis, bei der Konversion voranzukommen

Von Magdalena Hoff MdEP

**Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den GUS-
Staaten**

Die EG-NATO Staaten sollten ihre enormen Einsparmöglichkeiten bei Rüstungsausgaben nutzen, die Rüstungskonversion forcieren und endlich eine neue, den veränderten politischen Bedingungen in Europa angemessene Sicherheitspolitik und gesamteuropäische Außenpolitik entwickeln.

Ich werde anregen, im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen und dem Russischen Parlament eine Arbeitsgruppe für die wirtschaftliche und technische West-Ost-Kooperation zu schaffen. Der Transformationsprozeß betrifft jedoch keineswegs nur den Osten. Das hat die Anhörung von Experten aus Industrie, NATO und Wissenschaft deutlich gemacht. Dabei ist auch klarge worden, daß die 'Friedensdividende' vorerst nicht anfällt, da die Kosten für die Konversion erheblich höher seien als geschätzt.

1992 haben die NATO-Staaten, wie der Hamburger Konfliktforscher Wulf belegt, trotz des veränderten politischen Klimas in Europa immer noch soviel öffentliche Gelder für Rüstung ausgegeben wie vor einem Jahrzehnt in den heißen Tagen des Kalten Krieges: 100 Milliarden US-Dollar, wobei 2/3 von den USA und 30 Prozent von den EG-NATO-Staaten ausgegeben wurden, plus zusätzlich geschätzten 50 Milliarden US-Dollar für militärische Forschung und Entwicklung (davon USA circa 35 Milliarden US-Dollar).

Abrüstung und Abbau der Streitkräfte sind weltweit mit durchschnittlich nur 3,7 Prozent seit 1987 unverhältnismäßig geringfügig erfolgt. Die NATO-Streitkräfte hätten weder strukturelle noch bei der Rüstungsbeschaffung flexibel auf die neuen veränderten Herausforderung wie Operationen im Rahmen der UNO-Friedenstruppen geantwortet. Sie hielten fest an überkommenen und inzwischen überholten Strukturen und Sicherheitskonzepten. Das müsse endlich geändert werden.

Das Einsparpotential bei Militärausgaben von NATO und EG-Staaten ist enorm. Nach Berechnungen von Wulf würden mäßige jährliche Ausgabenvermindierungen um fünf Prozent zwischen 1993 und 2000 zu Einsparungen von über 750 Milliarden US-Dollar in allen NATO-Staaten und circa 275 Milliarden US-Dollar in den EG-Staaten führen.

Auch wenn die Friedensdividende nicht unmittelbar umwelt- oder sozialpolitischen Maßnahmen, der Entwicklungshilfe West-Ost und Nord-Süd zur Verfügung steht, muß doch weltweit alles getan werden, um den Konversionsprozeß fortzusetzen.

(-/30. April 1993/rs/ks)
